

# Zahlantrag mit Verwendungsnachweis

**Gewährung einer Zuwendung für die Wiederherstellung von Waldökosystemen  
-Wiederbewaldung durch Pflanzung-  
für den Zeitraum 01.09.2020-31.07.2021**

Über  
Forstamt .....

Antrags-Nr.: 

--	--	--	--	--	--

An  
Zentralstelle der Forstverwaltung  
- Obere Forstbehörde –  
Le Quartier-Hornbach 9  
67433 Neustadt an der Weinstraße

Eingang Forstamt

Eingang ZdF

Hinweis:  
1. Bitte zutreffende Felder ausfüllen oder  ankreuzen  
2. Die grauen Felder werden von der Bewilligungsbehörde ausgefüllt  
3. Bitte das beiliegende Merkblatt beachten

**1. ANTRAGSTELLER(IN):** (Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen)

1.1	<b>Bei Einzelunternehmen / Privatpersonen:</b>										
	Name	Vorname	Geburtsdatum								
			<table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse;"><tr><td style="width: 20px; height: 20px;"></td><td style="width: 20px; height: 20px;"></td><td style="width: 20px; height: 20px;"></td><td style="width: 20px; height: 20px;"></td><td style="width: 20px; height: 20px;"></td><td style="width: 20px; height: 20px;"></td><td style="width: 20px; height: 20px;"></td><td style="width: 20px; height: 20px;"></td></tr></table>								
	<b>Bei allen anderen Rechtsformen:</b>										
	Unternehmensbezeichnung										

1.2	Vollständige Postanschrift / Sitz des Unternehmen:	Zustelladresse, wenn abweichend:
	.....	.....
	.....	.....
	.....	.....

Stimmen die Stammdaten (Europaweite Unternehmensnummer, Bankverbindung und Adresse), welche bei der Kreisverwaltung hinterlegt sind mit denen der forstlichen Förderung überein?  
 ja                       nein  
 Ein Zahlantrag kann erst nach Übereinstimmung der Stammdaten der forstlichen Förderung mit denen der Kreisverwaltung gestellt werden.  
 Falls nicht, ist keine Auszahlung möglich! Die Stammdaten müssen bei der Kreisverwaltung aktualisiert werden!

**Haben sich Änderungen zu Ziffern 1.1 bis 1.7 des Antrags auf Förderung ergeben?**                       ja                       nein  
 (Besonders im Hinblick auf den Stammdatenabgleich bei der Kreisverwaltung)

falls ja,  
zu Ziffer .....

.....

Zu Ziffer .....

.....

**2. Allgemeine Angaben:**

2.1. Haben sich Änderungen zu Ziffern 2.1 bis 2.2 des Antrags auf Förderung ergeben?  ja  nein

falls ja,  
zu Ziffer .....

.....

.....

Zu Ziffer .....

.....

.....

Zu Ziffer .....

.....

.....

**3. Angaben zum Vorhaben:**

3.1	Die Maßnahmen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bewältigung der durch Extremwetter bedingten Schäden und Folgeschäden (z.B. Borkenkäfer) und stehen nicht in Verbindung mit dem planmäßigen Holzeinschlag.  <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein  <i>Wenn „nein“ ist der Antrag nicht förderfähig.</i>
3.2	Die antragsbezogenen Bagatellgrenzen von 500,-€ bei privaten und öffentlichen Antragstellern lt. dem Merkblatt zur Beantragung werden erreicht.  <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein  <i>Wenn „nein“ ist der Antrag nicht förderfähig.</i>
3.3	Dieser Antrag enthält Projekte/Vorhaben für Fördermaßnahmen, die in dem Zeitraum 01.09.2020 – 31.07.2021 ausgeführt wurden und deren Ausführung mit einer Bewilligung bzw. einer Vorabgenehmigung genehmigt wurde.  <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein  <i>Wenn „nein“ sind die Projekte nicht förderfähig.</i>
3.4	Erklärung für Kleinprivatwaldbesitzer:  Ich besitze weniger als 20 ha Wald in Rheinland-Pfalz und kann dies im Falle einer Überprüfung belegen.  <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein  <i>Falls „ja“ ist ein Zuschlag von 12,5 % auf die Gesamtzuwendung möglich, siehe 4.1 und die Mindestflächengröße der Projektfläche beträgt 0,1 ha anstatt 0,3 ha.</i>  Erklärung für Gemeinden oder sonstige öffentliche Antragsteller:  Die Gemeinde besitzt weniger als 20 ha Wald in Rheinland-Pfalz und kann dies im Falle einer Überprüfung belegen  <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein  <i>Falls „ja“ beträgt die Mindestflächengröße der Projektfläche 0,1 ha anstatt 0,3 ha.</i>
3.5.	Gemeinden und sonstige „große Unternehmen“ gem. Anlage I VO (EU) 702/2014: Wurde für den Antrag eine sogenannte „kontrafaktische Fallkonstellation“ durchgeführt und an der unteren Forstbehörde eingereicht?  <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein  <i>Wenn „nein“ ist der Antrag nicht förderfähig.</i>

--	--	--	--	--

**4. Beantragung der Gesamtzuwendung:**

**Nur für Gemeinden oder sonstige öffentliche Antragsteller bei Förderung aus dem Investitionsstock des Landes relevant: Mitteilung der Bewilligungsbehörde an den Antragsteller/Zuwendungsempfänger gem. Artikel 6, Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013**

Bei der von Ihnen beantragten Zuwendung zur Förderung der Bewältigung von Extremwetterereignissen und deren Folgen handelt es sich aus beihilferechtlicher Sicht, um eine De-minimis-Beihilfe nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Die voraussichtliche Höhe der zu gewährenden Beihilfe entspricht der in Ifd.-Nr. 4 beantragten Gesamtzuwendung.

Nähere Erläuterungen hierzu finden Sie im Anhang zu diesem Antragsvordruck. Die im Zusammenhang mit der Gewährung der Zuwendung abzugebenden notwendigen Erklärungen des Antragstellers/Zuwendungsempfängers sind in Ifd.-Nr. 5 des Antragsvordruckes „Erklärungen

4.1 Ich beantrage folgende Gesamtzuwendung für den Zeitraum **01.09.2020-31.07.2021** gemäß den in der Anlage beigefügten **Projektblättern:**

*Verwenden Sie für die Herleitung der Zuwendung - getrennt für jedes Projekt/ Kultur*

*die Anlage „Projektblatt Wiederbewaldung durch Pflanzung“ und fügen Sie diese dem Antrag bei.*

*Es wird empfohlen anstatt der PDF die ausfüllbare Excel-Version zu verwenden!*

*Übernehmen Sie die dort berechnete Zuwendung hier in die nachfolgende Tabelle .*

vom Antragsteller auszufüllen			Prüffeld, wird von den Behörden ausgefüllt				
			laut Prüffeststellung der unteren Forstbehörde hergeleitete Zuwendung in [€]	Festsetzung der Bewilligungsbehörde			
Projekt Nr.	Waldort	beantragte Zuwendung in [€]			Bewilligte Zuwendung in [€]	Fläche in [ha]	Hinweis Nr.
<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<b>Gesamtzuwendung:</b>			<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<b>Kleinprivatwaldzuschlag von 12,5 %:</b> (nur bei Privatwaldbesitz insgesamt unter 20 ha forstliche Betriebsfläche)			<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<b>Gesamtzuwendung bei Kleinprivatwald:</b>			<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
			.....	.....	.....	.....	.....
			Datum / Nz.	Datum / Nz.			

**BEGRÜNDUNG / Hinweise zu Festsetzung der Bewilligungsbehörde:**

- 1)
  - Der Antrag auf Gewährung der Zuwendung für dieses Projekt ist somit abzulehnen.
- 2)
  -

**5. De-minimis**

Die Erklärung ist lediglich von Gemeinden oder sonstigen öffentlichen Antragstellern **immer auszufüllen**.

(Hinweis: Bei kommunalen Antragstellern wird zusätzlich zur GAK-Förderung die Möglichkeit einer Förderung über den Investitionsstock des Landes (I-Stock) genutzt. In diesem Fall wird die Zuwendung, sofern die Gemeinde I-Stock-förderfähig ist, weiterhin als „De-minimis Beihilfe“, sofern die 200.000,-€ Grenze eingehalten wird, gewährt.

5.1

**De-minimis Erklärung des Zuwendungsempfängers**

(Erläuterungen zu De-minimis Beihilfen für Zuwendungsempfänger siehe Anhang 1 dieses Vordruckes)

Von den Erläuterungen zu De-minimis-Beihilfen für Zuwendungsempfänger habe ich/haben wir Kenntnis genommen.

Gem. Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 bin ich / sind wir

- mit keinem weiteren Unternehmen verbunden
- mit nachfolgenden Unternehmen verbunden:

.....

Ich/wir erkläre(n), dass mir/dem Unternehmen oder der einem mit mir/uns im Sinne von Artikel 2 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 verbundenen Unternehmen über die beantragte Beihilfe hinaus keine weiteren bzw nur die von mir/uns nachfolgend aufgeführten De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis-Verordnung für den gewerblichen Bereich = hierzu zählen auch die aus dem Forstbereich gewährten De-minimis Beihilfen), der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 (bis Ende 2013 gültige gewerbliche De-minimis-Verordnung = hierzu zählen auch die aus dem Forstbereich gewährten De-minimis Beihilfen), der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 (Agrar-De-minimis-Verordnung), der Verordnung (EG) Nr. 1535/2007 (bis Ende 2013 gültige Agrar-De-minimis-Verordnung), der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 (Fischerei-De-minimis-Verordnung) der Verordnung (EG) Nr. 875/2007 (bis Ende 2013 gültige Fischerei-De-minimis-Verordnung) und/oder der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 (DAWI-De-minimis) im laufenden Steuerjahr sowie in den vorangegangenen zwei Steuerjahren gewährt wurden.

Im **laufenden Steuerjahr** sowie in den **vorangegangenen zwei Steuerjahren**

- habe ich/haben wir keine De-minimis-Beihilfen und/oder DAWI-De-minimis-Beihilfen erhalten.
- wurden nachfolgende De-minimis-Beihilfen und/oder DAWI-De-minimis-Beihilfen **gewährt (= bewilligt)**:

Datum des Zuwendungsbescheides/-vertrages	Zuwendungsgeber (Beihilfengeber) Aktenzeichen bitte angeben	Fördersumme in Euro	Subventionswert (Bruttosubventionsäquivalent) in Euro	Agrar-De-minimis-Beihilfe	gewerbliche De-minimis-Beihilfe	DAWI-De-minimis-Beihilfe	Fischerei-De-minimis-Beihilfe
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Darüber hinaus** habe ich/haben wir oder ein mit mir/uns verbundenes Unternehmen im laufenden Steuerjahr sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren

- keine weiteren De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 (Agrar-De-minimis), der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis gewerblicher Bereich), der Verordnung (EG) Nr. Nr. 717/2014 und/oder der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 (DAWI-De-minimis) **beantragt**,

noch 5.1

die nachstehend aufgeführten De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis gewerblicher Bereich), der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 (Agrar-De-minimis), der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 (De-minimis Fischereisektor) und/oder der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 (DAWI-De-minimis) **beantragt, die noch nicht bewilligt wurden:**

De-minimis-Regelung	Gesamtfördersumme Euro	Gesamtsubventionswert Euro
Agrar-De-minimis-Beihilfe		
gewerbliche De-minimis-Beihilfe (auch Forst)		
DAWI-De-minimis-Beihilfe		
Fischerei-De-minimis-Beihilfe		

Die hier beantragte De-minimis-Beihilfe wird

- nicht mit weiteren Beihilfen für dieselben förderfähigen Aufwendungen kumuliert,
- mit folgender/n Beihilfe/n für dieselben förderfähigen Aufwendungen kumuliert:

Datum des Zuwendungsbe- scheidens/ -vertrages	Zuwendungsgeber (Beihil- fengeber) Aktenzeichen bitte angeben	Fördersumme in Euro	Subventionswert (Bruttosubventions- äquivalent) in Euro

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, Änderungen der vorgenannten Angaben der die Beihilfe gewährenden Stelle mitzuteilen, sofern sie mir/uns vor der Zusage für die hier beantragte Förderung bekannt werden.

**6. Anlage(n):**

- Anlage „Projektblatt Vorausverjüngung“ (je Kultur/ Vorausverjüngungsfläche ein Projektblatt) Anzahl: .....
- Verwenden Sie möglichst das Excel-Formular!**
- Übersichtskarten od. Lagepläne mit eingetragener/n Projektnummer/n von der ausgeführten Voranbau- und Unterbaufläche(n) Anzahl: .....
- (in Kopie) Lieferscheine über die verwendeten Pflanzen bzw. Rechnungen, aus denen die Baumarten, die Menge und die Herkunft ersichtlich ist (*zum Verbleib in der Akte des örtlich prüfenden Forstamtes*)
- Bei Gemeinden:** Übersicht über Haushalts- und Finanzlage der Gemeinde, Vordruck des Innenministeriums **(Immer beilegen!)**

**Ich / Wir versichere/n, dass die in diesem Antrag und der/den Anlage/n enthaltene Angaben richtig und vollständig sind.**

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Antragsstellers, des Vertretungsberechtigten, bzw. Bevollmächtigten;  
bei Unternehmen und bei kommunalen Gebietskörperschaften zusätzlich Stempel

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname (in Druckbuchstaben)

# Anhang 1

(verbleibt beim Antragsteller)

## Erläuterungen zu De-minimis-Beihilfen für Zuwendungsempfänger (bei Förderung durch I-Stock)

### 1. Einleitung

Als Beihilfen werden Zuwendungen bezeichnet, die für das empfangende Unternehmen einen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber einem Konkurrenzunternehmen bedeuten, welches eine solche Zuwendung nicht erhält. Beihilfen können unter anderem in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen, Bürgschaften, Steuervergünstigungen oder zinsverbilligten Darlehen gewährt werden. Da eine Beihilfe nur einem oder einigen Marktteilnehmern zugutekommt, kann sie nach Auffassung der Europäischen Kommission den Wettbewerb zwischen den Beihilfeempfängern und ihren Konkurrenten verzerren. Solche wettbewerbsverzerrenden Beihilfen an Unternehmen oder Produktionszweige sind in der Europäischen Union verboten, wenn sie den Handel zwischen den EU-Mitgliedstaaten beeinträchtigen (Art. 107 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)).

Manche Beihilfen (sog. De-minimis-Beihilfen) sind so gering, dass ihre Auswirkungen auf den Wettbewerb nicht spürbar sind. Sie müssen daher nicht von der Europäischen Kommission genehmigt werden, sondern können ohne deren Zustimmung von den Mitgliedstaaten direkt gewährt werden. Allerdings hat die Europäische Kommission das Recht, die Durchführung dieser Maßnahme zu kontrollieren. Ihre Gewährung ist daher an bestimmte Bedingungen geknüpft.

### 2. Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für die Gewährung von gewerblichen De-minimis-Beihilfen ist die Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Europäischen Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 24.12.2013, Nr. L 352, S. 1.

### 3. Bruttosubventionsäquivalent

Da es unterschiedliche Beihilfearten gibt, ist der finanzielle Vorteil so darzustellen, dass alle Beihilfearten miteinander verglichen werden können. Aus diesem Grund wird für jede De-minimis-Beihilfe berechnet, mit welchem Geldbetrag die durch sie gewährte Vergünstigung gleichgesetzt werden kann. Der Betrag dieser Vergünstigung wird als Subventionswert oder auch Bruttosubventionsäquivalent bezeichnet.

### 4. De-minimis-Höchstbetrag/Verbundenes Unternehmen

Bei Neubewilligung einer De-minimis-Beihilfe muss sichergestellt sein, dass die Gesamtsumme der im laufenden Steuerjahr sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren gewährten De-minimis-Beihilfen diese Schwellenwerte nicht überschreitet.

Dabei ist nicht nur auf den direkten Zuwendungsempfänger, sondern ggf. auch auf mit dem Zuwendungsempfänger „verbundene“ Unternehmen abzustellen (sog. „einziges Unternehmen“). Mehrere miteinander verbundene Unternehmen sind als ein einziges Unternehmen anzusehen, wenn eines der folgenden Kriterien erfüllt ist:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberufen;
- ein Unternehmen ist gemäß eines mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrags oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben;
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein anderes Unternehmen oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der oben genannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet. Eine Verbindung zwischen Unternehmen über natürliche Personen findet bei den vg. Überlegungen keine Berücksichtigung.

Im Falle von Unternehmensfusionen oder -übernahmen müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den jeweiligen Unternehmen im laufenden und in den vorangegangenen zwei Jahren gewährt wurden, bei der Prüfung der Einhaltung der Obergrenze berücksichtigt werden.

Die Rechtmäßigkeit der zuvor gewährten De-minimis-Beihilfen wird dadurch aber nicht in Frage gestellt.

Im Falle von Unternehmensaufspaltungen müssen die zuvor erhaltenen De-minimis-Beihilfen nach Möglichkeit den jeweiligen Betriebsteilen zugewiesen werden. Ist das nicht möglich, erfolgt eine Zuweisung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals der neuen Unternehmen.

### **Kumulierung mit anderen De-minimis-Beihilfen**

Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder auch sonstiger Bereiche (= gewerblicher Bereich) können auch in anderen Bereichen tätig sein und dafür De-minimis-Beihilfen erhalten, z. B. im Bereich der Fischerei und Aquakultur oder im Bereich der landwirtschaftlichen Primärerzeugung. De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 dürfen nur bei Einhaltung bestimmter Voraussetzungen mit De-minimis-Beihilfen für andere Sektoren kumuliert werden: Zum einen müssen die Beihilfen eindeutig dem jeweiligen Sektor zugeordnet werden können, zum anderen dürfen die jeweiligen Obergrenzen der anderen Bereiche nicht überschritten werden.

#### Beispiel zur Einhaltung der Obergrenzen:

Für ein Vorhaben sollen De-minimis-Beihilfen gewährt werden. Die Begünstigte hat in den letzten zwei Jahren keine gewerblichen De-minimis-Beihilfen erhalten, allerdings 15.000 Euro Agrar-De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013. Wegen der Vorgabe zur Einhaltung der Obergrenzen kann daher eine De-minimis-Beihilfe von höchstens 185.000 Euro gewährt werden, obwohl nach der gewerblichen De-minimis-Verordnung eine Förderung von bis zu 200.000 Euro zulässig wäre.

### **Überprüfung der De-minimis-Bedingungen**

Um sicherzustellen, dass De-minimis-Beihilfen den maximal zulässigen Subventionswert von 200.000 Euro und die in den anderen De-minimis-Verordnungen festgelegten Obergrenzen nicht überschreiten, werden bei der Antragstellung anhand der „Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte De-minimis-Beihilfen“ nachfolgende Angaben erfragt:

1. Der Zuwendungsempfänger muss angeben, ob er oder ein mit ihm verbundenes Unternehmen bereits im laufenden Steuerjahr sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 oder nach einer anderen De-minimis Verordnung erhalten hat, und wenn ja, wann und in welcher Höhe. De-minimis-Beihilfen werden vom Zuwendungsgeber gegenüber dem Zuwendungsempfänger ausdrücklich als solche bezeichnet, und der Zuwendungsempfänger erhält eine De-minimis-Bescheinigung.

2. Der Zuwendungsempfänger muss angeben, ob er oder ein mit ihm verbundenes Unternehmen im laufenden Steuerjahr sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren weitere De-minimis-Beihilfen beantragt hat, und wenn ja, wann und in welcher Höhe. Maßgeblich zur Bestimmung des Dreijahreszeitraumes ist das Jahr, in dem das Unternehmen nach dem geltenden nationalen Recht einen Rechtsanspruch auf die Beihilfe erwirbt (Bewilligungszeitpunkt einer De-minimis-Beihilfe), unabhängig davon, wann die Beihilfe tatsächlich ausgezahlt wird.

Anhand dieser Angaben wird geprüft, ob mit der neu beantragten De-minimis-Beihilfe der Höchstbetrag von 200.000 Euro im Zeitraum des laufenden Steuerjahres sowie den zwei vorangegangenen Steuerjahren sowie ggf. die Höchstbeträge nach den anderen De-minimis-Verordnungen eingehalten werden. Wenn der Gesamtbetrag der De-minimis-Beihilfen, die ein Zuwendungsempfänger oder ein mit ihm verbundenes Unternehmen im laufenden Steuerjahr und in den letzten zwei Steuerjahren erhalten hat, aufgrund der Förderung die oben genannten De-minimis-Höchstbeträge übersteigt, kann der Zuschuss nicht gewährt werden.

3. Zusätzlich muss der Zuwendungsempfänger angeben, ob er für das geplante Vorhaben neben der beantragten De-minimis-Beihilfe weitere Beihilfen erhält, die mit der beantragten De-minimis-Beihilfe kumuliert werden sollen.

De-minimis-Beihilfen können durchaus mit Beihilfen aus von der Europäischen Kommission genehmigten oder freigestellten Fördermaßnahmen zusammen in Anspruch genommen (d.h. kumuliert) werden. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die maximale Förderintensität, die im EU-Recht für diese Beihilfen vorgegeben ist, durch die Kumulation mit der De-minimis-Beihilfe nicht überschritten wird.

### **Wie erfährt das Unternehmen die Höhe einer De-minimis-Beihilfe?**

In einer Anlage zum Förderbescheid für eine De-minimis-Beihilfe (sog. De-minimis-Bescheinigung) wird dem Zuwendungsempfänger unter anderem mitgeteilt, wie hoch der auf die Beihilfe entfallende Subventionswert ist. Die De-minimis-Bescheinigung muss mindestens zehn Jahre aufbewahrt werden, damit sie bei einer Kontrollanfrage der Europäischen Kommission kurzfristig vorgelegt werden kann.